

Personalvertretungsrecht Nordrhein-Westfalen

DARSTELLUNG

von Rechtsanwalt Dr. Andreas Gronimus

Inhaltsübersicht

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	15
1. EINFÜHRUNG	17
1.1 Geschichtliche Entwicklung der Personalvertretung	17
1.2 Rechtsgrundlagen des Landespersonalvertretungsrechts	19
1.2.1 Bundesrechtliche Grundlagen der Personalvertretung	19
1.2.2 Landesrechtliche Grundlagen der Personalvertretung	20
2. BUNDESRAHMENRECHT FÜR DIE LANDESPERSONALVERTRETUNG	21
2.1 Unmittelbar geltendes Bundesrecht	21
2.1.1 Verbot der Behinderung und Benachteiligung	21
2.1.2 Sonderschutz gegen außerordentliche Kündigung	21
2.1.3 Sonderschutz gegen ordentliche Kündigung	22
2.1.4 Allgemeine Beteiligung des PR bei Kündigung	22
2.1.5 Dienstunfallschutz für das Ehrenamt	22
2.1.6 Sonderstrafrecht für Personalvertretungen	23
2.1.7 Zusammenarbeit mit Sondervertretungen	23
2.2 Bundesrahmenrecht für die Landesgesetzgebung	23
2.2.1 Einrichtung von PR und JAV	23
2.2.2 Allgemeine Tätigkeit des PR	24
2.2.3 Regelung der Personalvertretung durch Gesetz	24
2.2.4 Grundzüge des Wahlverfahrens	24
2.2.5 Wahlschutz und Behinderungsverbot	24
2.2.6 Amtszeit des PR	24
2.2.7 Das Gruppenprinzip in der Personalvertretung	25
2.2.8 Ehrenamtlichkeit des PR	25
2.2.9 Kostentragungspflicht der Verwaltung	26
2.2.10 Sonderschutz gegen Versetzung und Abordnung	26

	Seite	
2.2.11	Nichtöffentlichkeit und Verschwiegenheit der PR-Tätigkeit	26
2.2.12	Informationsanspruch des PR	26
2.2.13	Allgemeine Aufgaben des PR und der Dienststelle	26
2.2.14	Art und Umfang der förmlichen Beteiligung	27
2.2.15	Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte	27
3.	ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN FÜR DIE LANDESPERSONALVER- TRETUNG	29
3.1	Personalvertretungsrecht als Teil des Verfassungs- und Verwaltungs- rechts	29
3.1.1	Personalvertretungsrecht als Teil des Verfassungsrechts	29
3.1.1.1	Die Verankerung der Personalvertretung im Grundgesetz	29
3.1.1.2	Verfassungsrechtliche Grenzen der Personalvertretung	29
3.1.2	Die Personalvertretung als Teil des Verwaltungsrechts	30
3.1.2.1	Der Personalrat als Teil der öffentlichen Verwaltung	30
3.1.2.2	Rechtsnatur und Rechtsstellung der Personalvertretung	31
3.1.2.3	Die Beteiligung des Personalrates als internes Verfahrensrecht	31
3.2	Grundbegriffe des Personalvertretungsrechts	32
3.2.1	Der Geltungsbereich des LPVG	32
3.2.2	„Beschäftigte“ in der Personalvertretung	32
3.2.3	Die „Gruppen“ im Personalrat	33
3.2.4	Der Begriff der „Dienststelle“	34
3.2.4.1	„Oberste Dienstbehörde“ und „Behörden der Mittelstufe“	34
3.2.4.2	Die örtliche „Dienststelle“	35
3.2.4.3	Die „Zuordnung“ von „Kleindienststellen“	36
3.2.5	Die Abspaltung von Nebenstellen und Dienststellenteilen	37
3.2.5.1	Nebenstellen und Dienststellenteile	37
3.2.5.2	Rechtsfolgen der Verselbständigung	37
3.2.6	Die Vertretung der Dienststelle	38
3.3	Tragende Arbeitsgrundsätze des Personalvertretungsrechts	39
3.3.1	Vertrauensvolle Zusammenarbeit	39
3.3.1.1	Dienststelle und Personalrat als gleichrangige Partner	39
3.3.1.2	Das Gebot der wechselseitigen Unterstützung	39
3.3.1.3	Das Konfrontationsverbot	40
3.3.1.4	Reichweite und Grenzen der Zusammenarbeit	40
3.3.2	Die Friedenspflicht in der Dienststelle (§ 2 Abs. 2 und 3)	40
3.3.2.1	Das Verbot gegenseitiger Kampfmaßnahmen (Abs. 2)	40
3.3.2.2	Das Gebot der internen Streitbeilegung (§ 2 Abs. 3)	41
3.3.3	Die parteipolitische Neutralität in der Dienststelle (§ 3 Abs. 1)	41
3.3.4	Die Wahrung der Koalitionsfreiheit (§ 3 Abs. 2, 3)	42
3.3.5	LPVG und Tarifvertrag (§ 4)	42
3.3.6	Das allgemeine Benachteiligungs- und Begünstigungsverbot (§ 7 Abs. 1)	42

	Seite
3.3.6.1	Unzulässige Behinderungen 42
3.3.6.2	Verbotene Benachteiligungen 43
3.3.6.3	Unzulässige Begünstigungen 43
3.3.6.4	Besondere Vorschriften zum Schutz vor Benachteiligung 43
3.3.7	Die Schweigepflicht in der Personalvertretung 43
3.4	Rechte, Aufgaben und Stellung der Gewerkschaften/Berufsorganisations- nen 44
3.4.1	Abgrenzung der Gewerkschaften und Berufsorganisationen einerseits gegenüber den Personalvertretungen andererseits 44
3.4.2	Der Gewerkschaftsbegriff der Personalvertretung 45
3.4.3	Allgemeine Aufgaben und Rechte der Gewerkschaften 45
3.4.3.1	Vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Dienststelle und Personalvertre- tung 46
3.4.3.2	Zugangsrechte zur Dienststelle 46
3.4.3.3	Ausschlussantrag gegen PR-Mitglieder oder Antrag auf Auflösung des PR 46
3.4.4	Mitwirkung der Gewerkschaften bei der PR-Wahl 46
3.4.4.1	Einreichung von Wahlvorschlägen 47
3.4.4.2	Weitere Verfahrensrechte anlässlich der Wahl 47
3.4.4.3	Befugnis zur Wahlanfechtung 47
3.4.5	Mitwirkung an Sitzungen und Personalversammlungen 47
3.4.5.1	Teilnahme von Vertretern an PR-Sitzungen 47
3.4.5.2	Recht zur Vermittlung 48
3.4.5.3	Einberufung von Personalversammlungen 48
3.4.5.4	Teilnahme an Personalversammlungen 48
4.	WAHL UND ZUSAMMENSETZUNG DES PR 49
4.1	Die Wahlberechtigung zum PR (§ 10) 49
4.1.1	Rechtsfolgen der Wahlberechtigung 49
4.1.2	Wahlberechtigung im Regelfall (§ 10 Abs. 1, 5) 49
4.1.3	Wahlberechtigung bei Abordnung (§ 10 Abs. 2) 50
4.1.4	Wahlrechtsausschlüsse (§ 10 Abs. 3) 50
4.1.5	Wahlrecht der Auszubildenden (§ 10 Abs. 4) 51
4.2	Die Wählbarkeit zum PR (§§ 11, 12) 51
4.2.1	Allgemeine Bedingungen der Wählbarkeit (§ 11 Abs. 1) 51
4.2.2	Wählbarkeit in neuen Dienstbereichen (§ 12) 52
4.2.3	Ausschlüsse der Wählbarkeit (§ 11 Abs. 2, 3) 52
4.3	PR-Pflichtigkeit von Dienststellen (§ 13 Abs. 1, 2) 43
4.3.1	Mindestgröße der Belegschaft (§ 13 Abs. 1) 53
4.3.2	Zuteilung von Kleindienststellen (§ 13 Abs. 2) 54
4.3.3	Rechtsbehelfe 54
4.4	Größe des PR (§ 13 Abs. 3, 4) 55
4.4.1	Gestaffelte Mitgliederzahl des PR 55

	Seite
4.4.2	Berechnung der Regelstärke 55
4.4.3	Rechtsfolgen veränderter Zahlenverhältnisse 55
4.4.4	Regelstärke der Stufenvertretungen 56
4.5	Sitzverteilung auf die Gruppen (§ 14) 56
4.5.1	Verhältnismäßige Vertretung der Gruppen 56
4.5.2	Sitzverteilung in Sonderfällen 56
4.5.2.1	Behandlung wahlmüder Gruppen 57
4.5.2.2	Vergabe von Minderheitensitzen 57
4.5.2.3	Schutz der Mehrheitsgruppe 58
4.5.2.4	Abweichende Sitzverteilung (§ 15 Abs. 1) 58
4.6	Repräsentation der Belegschaft im PR (§ 14 Abs. 5, 6) 59
4.7	Einsetzung des Wahlvorstandes (§§ 17 bis 19) 59
4.7.1	Regelmäßige Einsetzung durch den PR (§ 17 Abs. 1) 59
4.7.2	Einsetzung durch Personalversammlung 59
4.7.2.1	Personalversammlung bei Untätigkeit des PR 60
4.7.2.2	Personalversammlung in Dienststellen ohne PR 60
4.7.2.3	Einsetzung durch erneute Personalversammlung 60
4.7.3	Bestellung des Wahlvorstandes durch den Leiter 60
4.7.4	Einsetzung durch das VG 61
4.8	Grundzüge des Wahlverfahrens (§ 16) 61
4.8.1	Geheime und unmittelbare Wahl (§ 16 Abs. 1) 61
4.8.2	Gruppenwahl und gemeinsame Wahl (§ 16 Abs. 2) 61
4.8.3	Listenwahl und Personenwahl (§ 16 Abs. 3) 62
4.8.3.1	Personenwahl als Ausnahme 62
4.8.3.2	Listenwahl als Regelfall 62
4.8.4	Einreichung der Wahlvorschläge 62
4.8.4.1	Wahlvorschläge der Beschäftigten 62
4.8.4.2	Wahlvorschläge mit gruppenfremden Bewerbern 63
4.8.4.3	Wahlvorschläge der Gewerkschaften 63
4.8.4.4	Ausschließlichkeit der Bewerbung 64
4.9	Durchführung der Wahl (§§ 20, 21) 64
4.9.1	Beschleunigungsgebot im Wahlverfahren 64
4.9.2	Mitwirkung der Gewerkschaften 64
4.9.3	Verbot der Wahlbehinderung 64
4.9.4	Sonderschutz des Wahlvorstandes und der Wahlbewerber 65
4.9.5	Kosten der Wahl 65
4.9.6	Abschluss der Wahl 66
4.10	Anfechtung und Nichtigkeit der Wahl (§ 22) 66
4.10.1	Antragsteller und Anfechtungsgegner 66
4.10.2	Anfechtungsgründe 66
4.10.3	Anfechtungsfrist 66

	Seite	
4.10.4	Rechtsfolgen der Wahlanfechtung	67
4.10.5	Nichtigkeit der Wahl	67
5.	AMTSZEIT DES PR UND SEINER MITGLIEDER	69
5.1	Regelmäßige Amtszeit und Wahl des PR (§ 23)	69
5.1.1	Berechnung der regelmäßigen Amtszeit	69
5.1.2	Kommissarische Geschäftsführung des alten PR	69
5.2	Vorzeitige Neuwahlen	69
5.2.1	Gründe vorzeitiger Wahlen (§ 24 Abs. 1)	69
5.2.1.1	Starke Schwankung der Beschäftigtenzahl	69
5.2.1.2	Absinken der Mitgliederzahl des PR	70
5.2.1.3	Rücktritt des PR	70
5.2.1.4	Wahlanfechtung und gerichtliche Auflösung des PR	70
5.2.1.5	Dienststellen ohne PR	70
5.2.2	Kommissarische Geschäftsführung	70
5.2.3	Amtszeit nach vorzeitiger Neuwahl	71
5.2.4	Gruppennachwahlen (§ 24 Abs. 3)	71
5.3	Auflösung des PR und Ausschluss von Mitgliedern (§ 25)	71
5.3.1	Ausschluss eines Mitglieds aus dem PR	71
5.3.2	Auflösung des PR	71
5.3.3	Verfahren vor dem VG	72
5.3.4	Rechtsfolgen der gerichtlichen Entscheidung	72
5.4	Amtszeit der PR-Mitglieder	72
5.4.1	Regelmäßige Amtszeit	72
5.4.2	Vorzeitiges Ausscheiden aus dem PR	73
5.4.3	Wechsel der Gruppenzugehörigkeit	73
5.4.4	Ruhen des Amtes (§ 27)	74
5.5	Eintreten von Ersatzmitgliedern (§ 28)	74
5.5.1	Endgültiges und zeitweiliges Nachrücken von Ersatzmitgliedern	74
5.5.2	Reihenfolge der Ersatzmitglieder	74
5.5.3	Rechtsstellung des Ersatzmitglieds	74
6.	DIE GESCHÄFTSFÜHRUNG DES PR	75
6.1	Die konstituierende Sitzung des PR	75
6.1.1	Einberufung	75
6.1.2	Zeitpunkt der konstituierenden Sitzung	75
6.1.3	Leitung der konstituierenden Sitzung	75
6.2	Der Vorstand des PR	75
6.2.1	Zusammensetzung des Vorstandes	76
6.2.2	Die Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter	76
6.2.3	Zeitpunkt der Vorstandswahlen	76
6.2.4	Aufgaben und Rechte des Vorstandes	77

	Seite
6.2.4.1	Aufgaben des Vorsitzenden 77
6.2.4.2	Aufgaben der Stellvertreter des Vorsitzenden 77
6.2.4.3	Aufgaben des gesamten Vorstandes 77
6.3	Die weiteren Sitzungen 78
6.3.1	Zeitpunkt der PR-Sitzungen 78
6.3.2	Die Tagesordnung der Sitzungen 78
6.3.3	Einberufung der Sitzungen 78
6.3.4	Leitung der Sitzung 79
6.3.5	Sitzungen außerhalb der Dienst- und Arbeitszeit 79
6.3.6	Die Nichtöffentlichkeit der Sitzung 79
6.3.7	Heranziehung von Ersatzmitgliedern 79
6.4	Die Beschlussfassung des PR 80
6.4.1	Die Beschlussfähigkeit des PR 80
6.4.2	Die Beschlüsse in Gruppenangelegenheiten 80
6.4.3	Die Abstimmung im PR 81
6.4.4	Stimmrecht in persönlichen Angelegenheiten 81
6.4.5	Beschlüsse und Geschäftsordnung 82
6.4.6	Aussetzung, Aufhebung und Änderung von Beschlüssen 82
6.5	Die Führung des Protokolls 82
6.6	Die Geschäftsordnung des PR 83
6.6.1	Ausschüsse und Arbeitsgruppen 83
6.6.2	Die allgemeine Geschäftsordnung 83
6.7	Sprechstunden 83
6.8	Geschäftsbedarf des PR 84
6.9	Kosten des PR 84
7.	DIE PERSÖNLICHE RECHTSSTELLUNG DER PR-MITGLIEDER 87
7.1	Die Ehrenamtlichkeit des PR 87
7.2	Verbot der Benachteiligung, Behinderung und Begünstigung 87
7.3	Fortzahlung der Bezüge bei Arbeitsversäumnis 87
7.3.1	Umfang und Grenzen des Anspruchs auf bezahlte Dienstbefreiung 87
7.3.1.1	Geschützte PR-Tätigkeiten 88
7.3.1.2	Notwendigkeit der Arbeitsversäumnis 88
7.3.2	Tätigkeit außerhalb der Dienstzeit 89
7.4	Freistellung vom Dienst 89
7.4.1	Anzahl der Freistellungen 89
7.4.2	Auswahl der freizustellenden Mitglieder 90
7.4.3	Verfahren der Freistellung 90
7.4.4	Rechtsfolgen der Freistellung 91
7.5	Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen 91
7.5.1	Erforderliche Schulungen (§ 42 Abs. 5) 91

	Seite
7.5.2	Andere Schulungen 92
7.6	Schutz gegen Personalmaßnahmen 93
7.6.1	Kündigungsschutz für Arbeitnehmer 93
7.6.2	Schutz gegen Versetzung, Abordnung und Umsetzung 93
8.	BILDUNG VON ÜBERGANGS-PR (PERSONALKOMMISSION) 95
8.1	Anwendungsbereich des § 44 95
8.2	Berufung und Rechtsstellung der Personalkommission 95
9.	DIE PERSONALVERSAMMLUNG 97
9.1	Arten der Personalversammlung 97
9.1.1	Ordentliche und außerordentliche Personalversammlungen 97
9.1.2	Voll- und Teilversammlungen 97
9.2	Durchführung der Personalversammlung 98
9.2.1	Zeitpunkt und Ort 98
9.2.2	Teilnehmer der Personalversammlung 98
9.2.3	Zuständigkeiten und Themen der Personalversammlung 99
9.3	Ablauf der Personalversammlung 99
10.	STUFENVERTRETUNGEN UND GESAMTPERSONALRAT 101
10.1	Grundlagen des personalrätlichen Stufensystems 101
10.2	Wahl, Amtszeit, Geschäftsführung und Rechtsstellung der Mitglieder von Stufenvertretungen 101
10.3	Aufgaben und Befugnisse der Stufenvertretung 102
10.3.1	Zustimmung zu Zuteilungen (§ 13 Abs. 2) 102
10.3.2	Teilnahme an örtlichen Sitzungen und Personalversammlungen (§§ 32 Abs. 2, 49 Satz 1) 102
10.3.3	Allgemeine Aufgaben (§§ 62 bis 65) 103
10.3.4	Führung von Einigungsverfahren (§ 66 Abs. 5, 7) 103
10.3.5	Führung von Stufenverfahren (§ 69) 103
10.3.6	Beteiligung bei zentralen Maßnahmen (§ 78 Abs. 1, 3, 4) 103
10.3.7	Beteiligung bei Maßnahmen für nachgeordnete Stellen (§ 78 Abs. 2) 103
10.3.8	Beteiligung bei Fehlen einer zuständigen Stufenvertretung (§ 78 Abs. 3) 104
10.4	Der Gesamtpersonalrat 104
10.4.1	Aufgabenbereich des GPR 104
10.4.2	Anwendbare Vorschriften 104
11.	JUGEND- UND AUSZUBILDENDENVERTRETUNG 105
11.1	Bildung eigener JAV 105
11.2	Wahlrecht zur JAV 105
11.3	Zusammensetzung der JAV 105

	Seite
11.4	Wahlverfahren zur JAV 106
11.5	Geschäftsführung der JAV 106
11.6	Rechtsstellung der JAV-Mitglieder 106
11.7	Jugend- und Auszubildendenversammlung 106
11.8	Stufen- und Gesamt-JAV 107
11.9	Befugnisse der JAV 107
12.	ALLGEMEINE RECHTE UND PFLICHTEN DES PR 109
12.1	Systematik des Gesetzes 109
12.2	Das Quartalsgespräch (§ 63) 109
12.2.1	Teilnehmer 109
12.2.2	Ablauf und Themen des Quartalsgesprächs 110
12.3	Die Wahrung von „Recht und Billigkeit“ in der Dienststelle (§ 62) . . . 110
12.3.1	Das Diskriminierungsverbot in der Dienststelle 110
12.3.2	Das Gebot objektiver und neutraler Amtsführung (§ 2 Abs. 2) 111
12.4	Die allgemeinen Aufgaben (nichtförmliche Beteiligung) des PR (§ 64) . 111
12.4.1	Die Beantragung nützlicher Maßnahmen (Nr. 1) 111
12.4.2	Überwachung der geltenden Schutzvorschriften (Nr. 2) 112
12.4.3	Wahrung der Koalitionsfreiheit (Nr. 3) 112
12.4.4	Initiativen im Arbeitsschutz (Nr. 4) 112
12.4.5	Behandlung von Anregungen und Beschwerden (Nr. 5) 112
12.4.6	Der Schutz benachteiligter Gruppen (Nrn. 6 bis 8) 113
12.4.7	Zusammenarbeit mit der JAV (Nr. 9) 113
12.4.8	Förderung der Gleichstellung (Nr. 10) 113
12.5	Der allgemeine Informationsanspruch des PR (§ 65) 113
12.5.1	Der Umfang der Informationspflicht (Abs. 1) 114
12.5.1.1	Die Reichweite des Informationsanspruchs 114
12.5.1.2	Der Anspruch auf „umfassende“ Information 114
12.5.1.3	Der Anspruch auf „rechtzeitige“ Information 114
12.5.1.4	Form und Verfahren der Informationspflichten 114
12.5.2	Vorlage von Unterlagen (Abs. 1, 2) 114
12.5.3	Einsicht in Personalakten und Beurteilungen (Abs. 3) 115
13.	DIE FÖRMLICHE BETEILIGUNG DES PR 117
13.1	Allgemeine Verfahrensregeln (§§ 70, 71) 117
13.1.1	Mitbestimmung durch Dienstvereinbarungen (§ 70) 117
13.1.1.1	Zulässigkeit von Dienstvereinbarungen 117
13.1.1.2	Vorrang der Gesetze, Tarifverträge und überörtlicher Regelungen . . 117
13.1.1.3	Abschluss der Dienstvereinbarungen (§ 70 Abs. 3) 118
13.1.1.4	Beendigung von Dienstvereinbarungen (§ 70 Abs. 4) 118
13.1.1.5	Nichtigkeit rechtswidriger Dienstvereinbarungen 119

	Seite	
13.1.2	Durchführung beteiligungspflichtiger Maßnahmen (§ 71)	119
13.2	Die Mitbestimmung des PR (§§ 66 bis 68, 72, 72a)	120
13.2.1	Mitbestimmungspflichtige Maßnahmen (§ 66 Abs. 1)	120
13.2.2	Rechtsfolgen unterbliebener Beteiligung	120
13.2.3	Einleitung des Mitbestimmungsverfahrens (§ 66 Abs. 2)	121
13.2.4	Der Beschluss des PR	122
13.2.4.1	Berechnung der Zustimmungsfrist	122
13.2.4.2	Erörterung streitiger Maßnahmen	123
13.2.4.3	Behandlung von Änderungswünschen des PR	123
13.2.4.4	Verlängerung und Abkürzung der Zustimmungsfrist	123
13.2.4.5	Die Zustimmungsverweigerung des PR (Abs. 3 Satz 8, 9)	123
13.2.5	Das Einigungsverfahren (§ 66 Abs. 5, 7)	125
13.2.6	Die Anrufung der Einigungsstelle (§ 66 Abs. 7, §§ 67, 68)	126
13.2.6.1	Organisation der Einigungsstelle (§ 67)	126
13.2.6.2	Entscheidungsbefugnis der Einigungsstelle (§§ 66 Abs. 7, 68)	126
13.2.6.3	Verfahren und Entscheidung der Einigungsstelle (§ 67 Abs. 4 bis 6)	128
13.2.7	Vorläufige Maßnahmen des Leiters (§ 66 Abs. 8)	128
13.2.8	Initiativrecht des PR (§ 66 Abs. 4 bis 7)	129
13.2.9	Der Umfang der Mitbestimmung (§ 72)	130
13.3	Die begrenzte Mitbestimmung in personellen Angelegenheiten (§ 72 Abs. 1)	130
13.3.1	Grundzüge der personellen Mitbestimmung	130
13.3.1.1	Inhaltliche Grenzen der Mitbestimmung	131
13.3.1.2	Personelle Ausnahmen von der Mitbestimmung	132
13.3.1.3	Mitbestimmung auf Antrag des Betroffenen	132
13.3.2	Gegenstände der personellen Mitbestimmung	132
13.3.2.1	Einstellung (Nr. 1)	132
13.3.2.2	Beförderung der Beamten (Nr. 2)	133
13.3.2.3	Laufbahnwechsel (Nr. 3)	134
13.3.2.4	Ein- und Umgruppierung, Übertragung anders bewerteter Tätigkeit (Nr. 4)	134
13.3.2.5	Versetzung, Umsetzung (Nr. 5)	135
13.3.2.6	Abordnung, Zuweisung (Nr. 6)	135
13.3.2.7	Kürzung der Anwärterbezüge oder Unterhaltsbeihilfe (Nr. 7 a. F.)	136
13.3.2.8	Entlassung von Widerrufs- und Probebeamten sowie Referendaren (Nr. 8 a. F.)	136
13.3.2.9	Vorzeitige Versetzung in den Ruhestand und Feststellung begrenzter Dienstfähigkeit (Nr. 9 a. F.)	136
13.3.2.10	Weiterbeschäftigung über die Altersgrenze (Nr. 7 n. F.)	136
13.3.2.11	Beschränkung der freien Wohnungswahl (Nr. 8 n. F.)	136
13.3.2.12	Nebentätigkeit (Nr. 9 n. F.)	137
13.3.2.13	Arbeitszeitverkürzung und Sonderurlaub (Nr. 10)	137
13.3.3	Beteiligung bei ordentlicher Kündigung (§ 72a a. F.)	137

	Seite	
13.4	Die uneingeschränkte Mitbestimmung des PR	138
13.4.1	Soziale Angelegenheiten (§ 72 Abs. 2)	138
13.4.1.1	Gewährung von Zuwendungen (Nr. 1)	138
13.4.1.2	Wohnungsvergabe (Nr. 2)	138
13.4.1.3	Bewirtschaftung von Dienst- und Pachtland (Nr. 3)	139
13.4.1.4	Verwaltung von Sozialeinrichtungen (Nr. 4)	139
13.4.1.5	Aufstellung von Sozialplänen (Nr. 5)	139
13.4.2	Innerdienstliche Angelegenheiten (Abs. 4)	140
13.4.2.1	Regelung der Arbeitszeit (Nr. 1)	140
13.4.2.2	Auszahlung der Dienstbezüge (Nr. 3)	140
13.4.2.3	Urlaubsplan und kollidierende Urlaubswünsche (Nr. 4)	141
13.4.2.4	Betriebliche Entgeltgestaltung (Nr. 5)	141
13.4.2.5	Verhütung von Dienstunfällen und Gesundheitsschädigungen (Nr. 7)	141
13.4.2.6	Grundsätze des Vorschlagswesens (Nr. 8)	142
13.4.2.7	Verhaltens- und Ordnungsregeln (Nr. 9)	142
13.4.2.8	Gestaltung der Arbeitsplätze (Nr. 10)	143
13.4.2.9	Grundsätze der Berufsausbildung bei Arbeitnehmern (Nr. 13 n. F.)	143
13.4.2.10	Beurteilungsrichtlinien für Arbeitnehmer (Nr. 16 a. F.)	143
13.4.2.11	Fortbildung für Arbeitnehmer (Nr. 17 a. F.)	143
13.4.2.12	Personalfragebögen für Arbeitnehmer (Nr. 18 a. F.)	143
13.4.2.13	Maßnahmen zur Gleichstellung (Nr. 18 n. F.)	143
13.5	Die eingeschränkte Mitbestimmung des PR	144
13.5.1	Mitbestimmung in organisatorischen Fragen (Abs. 3)	144
13.5.1.1	EDV und Beschäftigtendaten (Nr. 1 a. F.)	144
13.5.1.2	Technische Verhaltens- und Leistungskontrollen (Nr. 1 n. F.)	145
13.5.1.3	Neue Arbeitsmethoden (Nr. 2 n. F.)	145
13.5.1.4	Heimarbeitplätze (Nr. 4 a. F.)	146
13.5.1.5	Hebung der Arbeitsleistung (Nr. 3 n. F.)	146
13.5.1.6	Betriebliche Informationsnetze (Nr. 6 a. F.)	147
13.5.1.7	Privatisierung von Verwaltungsaufgaben (Nr. 7 a. F.)	147
13.5.2	Eingeschränkte Mitbestimmung in innerdienstlichen Fragen (Abs. 4)	147
13.5.2.1	Anordnung von Überstunden und Mehrarbeit (Nr. 2)	147
13.5.2.2	Bestellung von Vertrauens- und Betriebsärzten sowie Sicherheitsfachkräften (Nr. 6)	148
13.5.2.3	Geltendmachung von Regressansprüchen (Nr. 11)	148
13.5.2.4	Verselbständigung von Dienststellenteilen (Nr. 12)	149
13.5.2.5	Grundsätze der Arbeitsplatz- und Dienstpostenbewertung (Nr. 13 a. F.)	149
13.5.2.6	Personalauswahlrichtlinien (Nr. 14 n. F.)	149
13.5.2.7	Beurteilungsrichtlinien (Nr. 15 n. F.)	149
13.5.2.8	Fragen der Fortbildung (Nr. 16 n. F.)	150
13.5.2.9	Personalfragebögen (Nr. 17 n. F.)	150
13.5.2.10	Arbeitnehmerüberlassungs- und Gestellungsverträge (Nr. 19 a. F.)	150
13.6	Das Mitwirkungsrecht des PR (§§ 69, 73, 74)	150

	Seite	
13.6.1	Das Mitwirkungsverfahren (§ 69)	151
13.6.1.1	Informations- und Erörterungspflicht des Leiters (Abs. 1)	151
13.6.1.2	Einwendungsrecht des PR (Abs. 2)	151
13.6.1.3	Einleitung des Stufenverfahrens (Abs. 3)	151
13.6.1.4	Ablauf des Stufenverfahrens (Abs. 3 Satz 2)	152
13.6.1.5	Mitwirkungsverfahren in der kommunalen und mittelbaren Landesverwaltung (Abs. 6)	152
13.6.1.6	Rechtsfolgen fehlerhafter Beteiligung	152
13.6.2	Mitwirkungspflichtige innerdienstliche Angelegenheiten (§ 73)	153
13.6.2.1	Innerdienstliche Verwaltungsanordnungen (Nr. 1)	153
13.6.2.2	Aufstellung von Gleichstellungsförderplänen (Nr. 2 a. F.)	153
13.6.2.3	Grundsätze der Personalplanung (Nr. 3 a. F.)	153
13.6.2.4	Berufsausbildung der Beamten (Nr. 4 a. F.)	154
13.6.2.5	ABM-Maßnahmen (Nr. 5 a. F.)	154
13.6.2.6	Vertragsänderungen, Stellenausschreibungen (Nr. 2 n. F.)	154
13.6.2.7	Auflösung/Einschränkung/Verlegung von Dienststellen (Nr. 3 n. F.)	154
13.6.2.8	Organisationsüberprüfungen durch Dritte (Nr. 8 a. F.)	155
13.6.2.9	Arbeitsabläufe bei Wirtschaftsbetrieben (Nr. 9 a. F.)	155
13.6.3	Mitwirkung bei Personalmaßnahmen (§ 73 Nr. 4, § 74 Abs. 1–3)	155
13.6.3.1	Erhebung der Disziplinaranzeige (§ 73 Nr. 4 n. F.)	155
13.6.3.2	ordentliche Kündigung (§ 74 Abs. 1, 2)	156
13.6.3.3	Entlassung von Widerrufs- und Probebeamten sowie Referendaren, vorzeitige Versetzung in den Ruhestand (§ 74 Abs. 3)	157
13.7	Die Anhörung des PR (§§ 74, 75)	158
13.7.1	Die Beteiligung durch Anhörung	158
13.7.1.1	Das Verfahren der Anhörung (§ 75 Abs. 2)	158
13.7.1.2	Rechtsfolgen fehlerhafter Anhörung	159
13.7.1.3	Verhältnis der Anhörung zu Mitbestimmung und Mitwirkung	159
13.7.2	Die Anhörung in Personalangelegenheiten (§§ 74 Abs. 4)	159
13.7.2.1	Besonderheiten der Anhörung in Personalangelegenheiten	160
13.7.2.2	Kündigung in der Probezeit (§ 72 a Abs. 2 a. F.)	160
13.7.2.3	Außerordentliche Kündigung (§ 74 Abs. 4 Satz 1)	160
13.7.2.4	Abschluss von Aufhebungsverträgen	161
13.7.2.5	Abmahnungen	161
13.7.2.6	Fristlose Entlassung	161
13.7.3	Die Anhörung in organisatorischen und innerdienstlichen Fragen (§ 75 Abs. 1)	161
13.7.3.1	Vorbereitung von Stellenplänen (Nr. 1)	162
13.7.3.2	Grundlegende Änderung von Arbeitsverfahren und Arbeitsabläufen (Nr. 2)	162
13.7.3.3	Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie Anmietung von Diensträumen (Nr. 3)	162
13.7.3.4	Änderung/Verlagerung von Arbeitsplätzen (Nr. 4 a. F.)	163
13.7.3.5	Nichtübernahme von Auszubildenden (Nr. 5 a. F.)	163

	Seite	
13.7.3.6	Anordnung der Dienstfähigkeits-Untersuchung (Nr. 6 a. F.)	163
13.7.3.7	Grundsätze der Personalplanung (Nr. 4 n. F.)	163
13.8	Flankierende Mitarbeiterrechte des PR (§§ 76, 77)	164
13.8.1	Die Teilnahme an Prüfungen (§ 76)	164
13.8.1.1	Der Begriff der „Prüfung“	164
13.8.1.2	Die „beratende Teilnahme“ des PR	164
13.8.2	Die Mitarbeit im Arbeitsschutz (§ 77)	164
13.8.2.1	Die flankierenden Rechte nach § 77	165
13.8.2.2	Die laufende Mitarbeit im Arbeitsschutz (§ 77 Abs. 1)	165
13.8.2.3	Ansprechpartner des PR im Arbeitsschutz	166
13.8.2.4	Die Unterstützungspflichten des PR	166
13.8.2.5	Die Mitarbeit im Sicherheitsausschuss	166
13.8.3	Die Tätigkeit der Vertrauens- und Betriebsärzte im Arbeitsschutz	166
13.8.4	Die Tätigkeit der Sicherheitsbeauftragten und Fachkräfte für Arbeitssicherheit	167
13.8.5	Die Durchsetzung des medizinischen und technischen Arbeitsschutzes	167
14.	DER RECHTSSCHUTZ DER PERSONALVERTRETUNG	169
14.1	Grundlagen des Rechtsschutzes	169
14.1.1	Der Rechtsweg als „ultima ratio“ der Streitbeilegung	169
14.1.2	Der Anwendungsbereich des Beschlussverfahrens	169
14.1.3	Abgrenzung des gerichtlichen Verfahrens zum Verfahren vor der Einigungsstelle	169
14.2	Die Zuständigkeiten der Fachkammern	169
14.2.1	Spezielle Antragsverfahren	172
14.2.1.1	Weiterbeschäftigung von Auszubildenden	170
14.2.1.2	Wahlanfechtung	170
14.2.1.3	Ausschluss aus dem PR bzw. Auflösung eines PR	170
14.2.1.4	Außerordentliche Kündigung von PR-Mitgliedern	170
14.2.2	Fragen der Wahlberechtigung und Wählbarkeit	171
14.2.3	Streitigkeiten über Wahl, Amtszeit und Zusammensetzung des PR und der Sondervertretungen	171
14.2.3.1	Wahlangelegenheiten	171
14.2.3.2	Fragen der Amtszeit	171
14.2.3.3	Zusammensetzung der Gremien	171
14.2.4	Fragen der Zuständigkeit und Geschäftsführung	174
14.2.4.1	Zuständigkeit des PR usw.	172
14.2.4.2	Geschäftsführung des PR	172
14.2.5	Rechtsstellung der Mitglieder	172
14.2.6	Bestehen oder Nichtbestehen von Dienstvereinbarungen	175
14.2.7	Tätigkeit der Einigungsstelle	173
14.3	Das personalvertretungsrechtliche Beschlussverfahren	173
14.3.1	Der Instanzenzug der Verwaltungsgerichte	173

	Seite
14.3.2	Besetzung der Gerichte 173
14.3.3	Die ehrenamtlichen Beisitzer der Fachkammern 174
14.3.3.1	Berufung der Beisitzer 174
14.3.3.2	Voraussetzungen für die Tätigkeit als Beisitzer 174
14.4	Allgemeine Grundsätze des Beschlussverfahrens 174
14.4.1	Die Verfahrensführung durch das Gericht 174
14.4.2	Der Beschleunigungsgrundsatz 177
14.4.3	Kostentragung im Beschlussverfahren 175
14.5	Die Einleitung des Beschlussverfahrens 175
14.5.1	Sachliche und örtliche Zuständigkeit 175
14.5.2	Form und Inhalt des Antrages 175
14.5.3	Das Antragsrecht im Beschlussverfahren 176
14.5.4	Rechtsschutzinteresse 176
14.5.5	Zulässige Antragsarten 176
14.5.6	Beteiligte im Beschlussverfahren 177
14.5.7	Vertretung der Beteiligten 177
14.6	Gerichtliche Entscheidungen im Beschlussverfahren 177
14.6.1	Die Entscheidung der Fachkammer 177
14.6.2	Rechtsmittel 178
14.6.3	Vollstreckung von Beschlüssen 179
14.6.4	Einstweilige Verfügung 180
15.	SONDERVORSCHRIFTEN FÜR BESONDERE DIENSTBEREICHE UND VERSCHLUSSSACHEN 181
15.1	Sondervorschriften für einzelne Verwaltungszweige (§§ 81 bis 105) . . . 181
15.1.1	Polizei-Personalräte (§§ 81 bis 84) 181
15.1.2	Lehrer-Personalräte (§§ 85 bis 92) 182
15.1.3	Justiz-Personalräte (§§ 93 bis 94 b) 184
15.1.4	Referendar-Personalräte (§§ 95 bis 103) 184
15.1.5	Forst-Personalräte (§§ 107 bis 111 a. F.) 184
15.1.6	Personalräte der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter (§§ 104 f.) 184
15.1.7	Personalrat der Laufbahnbewerber und Aufstiegsbeamten im Biblio- thekswesen (§§ 112 bis 119 a. F.) 184
15.2	Beteiligung des PR bei Verschlussachen (§ 106) 185
15.3	Beteiligung von Personalvertretern auf Grund anderer Vorschriften . 185
15.3.1	Mitgliedschafts- und Benennungsrechte des PR 185
15.3.2	Personalvertreter im Werksausschuss 185
15.3.3	Belegschaftsvertreter im Sparkassen-Verwaltungsrat 186
15.3.4	Arbeitnehmervertreter in Aufsichtsräten 186
15.3.5	PR-Vertreter in Verwaltungsausschüssen 186

	Seite
Anhang (derzeit geltende Rechtsvorschriften)	
1. Landespersonalvertretungsgesetz – LPVG –	189
2. Rechtsverordnungen zum LPVG	
2.1 Aufwandsdeckungsverordnung	229
2.2 Verordnung über die Errichtung von Personalvertretungen für die im Landesdienst beschäftigten Lehrer	230
2.3 Wahlordnung zum Landespersonalvertretungsgesetz (WO-LPVG)	232
3. Ergänzendes Landesrecht	
3.1 Sparkassengesetz – Auszug –	251
3.2 Gesetz zur Gestellung von im Eigentum oder Besitz des Landes stehenden Stellplätzen	253
3.3 Personalvertretungsrechtliche Übergangsregelung	254
4. Ergänzendes Bundesrecht	
4.1 Bundespersonalvertretungsgesetz (BPersVG) – Auszug –	255
4.2 Kündigungsschutzgesetz (KSchG) – Auszug –	259
5. Verwaltungsvorschriften zum LPVG	
5.1 Durchführung des LPVG	261
5.2 Vorbereitung der nach dem LPVG durchzuführenden Wahlen	271
5.3 Wahlen zu den Personalvertretungen im Geschäftsbereich des Innenministers (mit Ausnahme der Polizei)	299
5.4.1 Richtlinie für den betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Dienst in den Verwaltungen und Betrieben des Landes Nordrhein-Westfalen – Auszug –	301
5.4.2 Unfallverhütungsvorschrift „Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit“ GUV-VA 6/7	303
Stichwortverzeichnis	309